

Beschluss-(Resolutions-)Antrag

der Gemeinderät*innen Mag. Mag. Julia Malle (GRÜNE) und Ömer Öztas (GRÜNE) zu Post Nr. 1 der Tagesordnung (Spezialdebatte Bildung, Jugend, Integration und Transparenz) für den Gemeinderat am 27.06.2023 - 28.06.2023.

Maßnahmen zur Abfederung des Lehrer:innenmangels in Wiens Pflichtschulen

Die Personalnot an Wiener Pflichtschulen hat in diesem Schuljahr immer dramatischere Ausmaße angenommen. Viele Schulen haben zu wenige Lehrkräfte, Klassen und Stunden müssen durchsuppliert werden und Mehrdienstleistungen von Kolleg:innen müssen Ausfälle kompensieren. Auch der Schulstart im Herbst 2023 lässt nichts Gutes erahnen. Laut Schätzungen der Gewerkschaft der Wiener Pflichtschullehrer:innen fehlen in Wien derzeit noch an ca. 160 Volksschulklassen klassenführende Lehrkräfte. Das Schulstart-Chaos der letzten zwei Jahre könnte sich somit leider wiederholen. Zur Erinnerung: An vielen Wiener Pflichtschulen konnten zu Schulbeginn 2022 nicht alle offenen Stellen besetzt werden. Pädagog:innen, die bereit gewesen wären zu arbeiten, wurden nicht rechtzeitig ihren Schulen zugewiesen und konnten somit erst verspätet starten. Ein Affront den Schulen und Lehrer:innen gegenüber. Und auch in den Folgemonaten mussten Notfallstundenpläne geschrieben werden. "Troubleshooting" stand auf der Tagesordnung und viele Pädagog:innen arbeiteten monatelang über der Belastungsgrenze, um die Personalnot abzufedern. Der Lehrer:innenmangel und die verfehlte Planungspolitik bei der Stellenplanbewirtschaftung hat für Unsicherheit und Stress bei vielen Direktor:innen, Lehrer:innen und Eltern, aber auch Schüler:innen gesorgt. Insbesonders die kurzfristige, undurchsichtige und nicht nachhaltige Vergabe der Lehrer:innenposten und Stundenkontingente vonseiten der SPO-NEOS Koalition seit dem Jahr 2021 stellt die Schulen alljährlich im Juni vor riesige Herausforderungen und Probleme. Bildungsstadtrat Wiederkehr ist gefordert, umgehend Maßnahmen zu setzen, um diese Probleme zu lösen.

Der Lehrer:innenmangel an Wiens Pflichtschulen hat verschiedene Ursachen. Immer mehr Lehrer:innen verlassen aufgrund der größeren Herausforderungen in Wiens Klassenzimmern die Schulen, wechseln das Bundesland oder den Beruf. Der

bürokratische Aufwand, die Zusatzaufgaben und der Druck werden einfach zu viel. Dadurch, dass immer mehr Lehrer:innen das Pflichtschulsystem verlassen, werden die Bedingungen für jene, die bleiben, noch schlechter. In Folge dessen verlassen noch mehr Lehrer:innen die Schulen, während kaum neue Pädagog:innen an den Schulen arbeiten wollen. Ein Teufelskreis, den Stadtrat Wiederkehr unbedingt durchbrechen muss.

Zuallererst müssen die Arbeitsbedingungen für alle Lehrer:innen an Wiens Pflichtschulen verbessert werden. Das betrifft den Arbeitsplatz genauso wie die Belastung durch Bürokratie. Um die großen Herausforderungen bewältigen zu können, brauchen Lehrer:innen mehr Unterstützung. Anstatt Millionen von Euro in Projekte zu stecken, die zwar gut klingen, aber die Arbeitsrealität an den Schulen wenig verbessern, wären effektive Maßnahmen zur Verbesserung der Situation von Lehrer:innen angesagt!

Neben den Maßnahmen zur Verringerung des Lehrer:innenmangels muss die Vergabe der Ressourcen völlig neu gedacht werden. Jeden Juni werden Wiens Volks- und Neue Mittelschulen durch die intransparente und kurzfristige Vergabe der Lehrer:innen und Ressourcen an den Rand der Machbarkeit gebracht. Die viel zu späte Vergabe der Kontingente verhindert jede Form der längerfristigen Planung. Schulen und Direktor:innen müssen oftmals enorm kurzfristig und flexibel reagieren, nur weil sie ihre Ressourcen und Kontingente viel zu spät erhalten. Diese Vergabe ist dann auch noch kurzfristig und nur für ein Jahr gültig. Im nächsten Jahr beginnt die Problematik wieder von vorne. Das muss beendet werden! Stadtrat Wiederkehr muss endlich dafür sorgen, dass Schulen ihre Kontingente früher erhalten, damit eine längerfristige Planung über mehrere Jahre hinweg ermöglicht und zudem eine transparente Ressourcenvergabe gewährleistet wird.

Die unterzeichnenden Gemeinderät:innen stellen daher gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Wien folgenden

BESCHLUSSANTRAG:

Der Wiener Gemeinderat ersucht den amtsführenden Stadtrat für Bildung, Jugend, Integration und Transparenz, die untenstehenden Maßnahmen in die Wege zu leiten, um den Lehrer:innenmangel an Wiens Pflichtschulen abzufedern:

- Der bürokratische Aufwand für Direktor:innen und Lehrer:innen muss auf ein Minimum reduziert werden. Jede Schule erhält eine Vollzeitkraft für Sekretariatstätigkeiten.
- Die Arbeitsplätze von Lehrer:innen müssen ins 21. Jahrhundert geholt werden. Alle Arbeitsplätze bieten ausreichend Platz, Steckdosen und funktionierendes WLAN.
- Jede Schule erhält zur Unterstützung der Lehrer:innen und der Direktion eine Schulsozialarbeiter:in.
- Die Absicherung von (integrativen) Mehrstufenklassen wird durch die Bereitstellung von ausreichend personellen Ressourcen erreicht.
- Lehrer:innen brauchen Aufstiegs- und Karrieremöglichkeiten. Schulen sollen die Möglichkeit bekommen, ein Mittleres Management System zu etablieren,

- um Lehrer:innen Karrierechancen zu ermöglichen.
- Es braucht zusätzliche (finanzielle) Mittel an Schulen mit besonders großen Herausforderungen und Standorten, die bei Lehrer:innen wenig beliebt sind.

In formeller Hinsicht beantragen wir die sofortige Abstimmung dieses Antrags.

Wien, am 27.6.2023

